

Tabelle: Zahlungsbilanz der VR China 1988 (Mio.US\$)

	Saldo	Soll	Haben
Insgesamt	0	68.287,85	68.287,85
Bilanz der laufenden Posten	- 3.802,03	51.751,52	47.949,49
Außenhandel	- 5.315,33	46.369,34	41.054,01
Exporte	41.054,01	41.054,01	
Importe	- 46.369,34	46.369,34	
Non-Trade-Transaktionen	1.093,85	5.233,09	6.326,94
Fracht	52,22	1.600,74	1.652,96
Transportgebühren	- 79,16	1.386,91	1.307,75
Versicherungen	131,38	213,83	345,21
Hafen- u.Arbeitsdienstleistungen	- 585,42	889,35	303,93
Tourismus	1.613,91	632,92	2.246,83
Investitionen	- 161,02	1.629,65	1.468,83
Gewinne	- 7,62	7,68	0,06
Zinsen	- 216,61	643,57	426,96
Bankzahlungen	63,21	948,40	1.041,61
Kapitalverkehr	7.132,22	13.130,14	20.262,36
langfrist.Kapitalverträge	7.056,02	4.057,73	11.113,75
Direktinvestitionen	2.343,68	850,00	3.193,68
Kredite v. Welt-Organisationen	695,95	164,86	860,81
Kredite v. ausländ.Regierungen	1.139,55	165,26	1.304,81
Bankkredite	670,62	357,45	1.028,07
Leasing	95,69	65,00	160,69
Kredite an das Ausland	- 192,89	220,94	28,05

Quelle: Staatliche Verwaltung für Devisenkontrolle.

auf dem Tiananmen-Platz in der fraglichen Nacht, wie er sie zwei Reportern der Xinhua-Nachrichtenagentur in einem Interview mitgeteilt hatte. Die Aussagen, die Hou Dejian in dem Interview machte, stehen nicht in Widerspruch zur offiziellen Darstellung der Vorfälle. So sagte Hou, daß er während des ganzen Prozesses der Räumung des Platzes "nicht gesehen" habe, daß ein Student, ein Bürger oder ein Soldat zu Tode gekommen sei; er habe auch nicht gesehen, daß Tanker oder Panzerwagen Menschenmassen niedergewalzt hätten. Die Zeitungen berichteten ferner, das chinesische Außenministerium habe mehrmals bei der ausländischen Botschaft gegen die illegale Aufnahme eines chinesischen Bürgers protestiert und seine Auslieferung verlangt. Hou Dejian selbst sagte den Reportern, er habe während dieser Zeit Kontakte mit den chinesischen Behörden aufgenommen und sich schließlich entschlossen, die Botschaft zu verlassen und nach Hause zurückzukehren.

Über die Gründe, die Hou Dejian zum Verlassen der Botschaft bewogen, läßt sich nur mutmaßen. Wahrscheinlich hat Hou, der 1983 von Taiwan nach Beijing übergesiedelt ist, die Ausweglosigkeit seiner Situation erkannt und sich Straffreiheit dadurch erkauft, daß er partei- und regierungskonforme Aussagen macht. Die in dem Interview gebrachten Aussagen haben allerdings nichtssagenden Charakter. Ob Hou darüber hinaus Informationen preisgegeben hat, ist nicht bekannt. -st-

*(31)

Zhou Yang gestorben

In einer gleichlautenden kurzen Meldung brachten die *Volkszeitung* und die *Guangming-Zeitung* am 1.August 1989 die Nachricht, daß Zhou Yang am 31.Juli nach längerer Krankheit im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Seit den dreißiger Jahren war Zhou Yang einer der wichtigsten und höchsten Kulturkader der KPCh gewesen, der in der Volksrepublik zahlreiche Ämter bekleidete. In der Zeit vor der Kulturrevolution bekleidete er u.a. das Amt eines stellvertretenden Kulturministers (1949-54) und war für mehrere Kritik-kampagnen im kulturellen Bereich verantwortlich, so z.B. für die Kampagne gegen Hu Feng. In der Kulturrevolution wurde er heftig kritisiert, nach Maos Tod jedoch rehabilitiert. Im November 1979 wurde er Vorsitzender des Chinesischen Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden, einen Posten, den er bis zum 5.Kongreß des Verbandes im November 1988 innehatte. Zugleich nahm er im Chinesischen Schriftstellerverband die Position eines

stellvertretenden Vorsitzenden ein (1978-1985). Auch die Partei hatte ihm ein wichtiges Amt angetragen: 1980 wurde er stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung des ZK, ein Posten, der ihm jedoch 1982 schon wieder entzogen wurde. Statt dessen wurde er in die Zentrale Beraterkommission abgeschoben, der er ebenfalls bis 1985 angehörte.

Zhou Yang, der vor der Kulturrevolution als orthodoxer Marxist galt, hatte nach der Kulturrevolution einen Wandel vollzogen und zu verstehen gegeben, daß er sein früheres Verhalten bereute. Verschiedentlich erwies er sich als Anhänger unorthodoxer Anschauungen, so z.B. im März 1983, als er auf einem Marx-Symposium die Existenz von Entfremdungserscheinungen im Sozialismus bejahte. Auch zum Problem des Humanismus machte er unorthodoxe Äußerungen (vgl. C.a., 1983/11, Ü 6). All dies ließ ihn in den Augen der Parteiorthodoxen suspekt erscheinen, brachte ihm jedoch unter den Schriftstellern und Künstlern, auch denen der jüngeren Generation, Sympathien ein. Schon auf dem vierten Nationalen Schriftstellerkongreß im Dezember 1984/Januar 1985 konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr anwesend sein. Er verlor zwar damals sein Amt als stellvertretender Vorsitzender und wurde statt dessen zum Berater des Nationalen Schriftstellerverbandes ernannt, doch war

dies nicht als "Abschiebung", sondern eher als Respekterweisung einem Mann gegenüber zu verstehen, der sich geläutert hatte und sich offen zu seinen unorthodoxen Überzeugungen bekannte. Aus dem gleichen Grunde wurde er auch auf dem fünften Kongreß der Literatur- und Kunstschaffenden im November 1988 zum Ehrenmitglied des nationalen Komitees des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden ernannt. -st-

Außenwirtschaft

*(32)

Zahlungsbilanz 1988

Die obenstehende Tabelle zeigt die Zahlungsbilanz der Volksrepublik China für das Jahr 1988 in Saldenform. Demnach gab es ein Handelsbilanzdefizit in Höhe von 5,315 Mrd.US\$. Dieses Defizit konnte durch einen Überschub in der Dienstleistungsbilanz in Höhe von 1,094 Mrd.US\$ verringert werden.

Die Devisenreserven für Ende 1988 wurden auf 17,55 Mrd.US\$ beziffert. (China Daily, 27.8.89) -lou-

***(33)
Chinesisch-ausländische Projekte**

Die Volksrepublik China hat Aufträge im Umfang von 330.000 t Stahl aus Japan storniert. Als Grund dafür wurde der Mangel an Devisen angegeben, der durch die wirtschaftlichen Probleme und das neue Sparprogramm entstanden sei.

Die japanische Long-Term Credit Bank teilte mit, daß Kredite an die Volksrepublik mit größerer Vorsicht vergeben würden. In der japanischen Presse war berichtet worden, daß die Schuldendienstzahlungen an ungenannte japanische Banken von der chinesischen Seite verzögert worden seien; auch hätten die Banken die Bitte erhalten, Kredite umzuschulden.

Das japanische Ministerium für internationalen Handel und Industrie erklärte, die Entscheidung der China National Metals and Minerals Import and Export Corporation hinsichtlich der Stornierung der Stahlaufträge sei enttäuschend. Insgesamt war für die 2. Hälfte des Jahres 1989 ein Liefervolumen von 1,58 Mio.t vereinbart worden.

Als ein Trostpflaster habe die chinesische Gesellschaft angeregt, daß 100.000 t Stahlblech mehr als vorgesehen importiert werden könnten.

Die japanischen Banken erklärten, daß sie die Volksrepublik mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten würden, und zwar hinsichtlich ihrer internationalen Kreditwürdigkeit. Viele Banken sind durch ihr Engagement in Projekten, die mit dem Tourismus zu tun haben, in einer schwierigen Lage. Die Umsätze im Tourismus sind seit Anfang Juni 1989 drastisch zurückgegangen.

Ein chinesisches Unternehmen hat einen Auftrag im Wert von 70 Mio.US\$ für den Bau des ersten thermischen Kraftwerks in Pakistan auf Basis des Wirbelschichtverfahrens erhalten. Nach dem mit der staatlichen Water and Power Development Authority Pakistans geschlossenen Vertrag wird die Dongfang Electricity Corporation die gesamte elektrische und mechanische Ausrüstung für drei 50-MW-Einheiten liefern.

Der französische Autohersteller Citroen zeigte sich verärgert über einen Bericht der Beijinger *Volkszeitung*, demzufolge die chinesische Regierung grünes Licht für den Bau eines gemeinsamen Auto- und Motorenwerkes gegeben haben soll.

Citroen meinte dazu, die Genehmi-

gungen lägen nicht vor, und die seit zwei Jahren laufenden Verhandlungen würden wohl noch eine Zeitlang fortgeführt. Eine Reihe wichtiger Fragen sei von einer Lösung noch weit entfernt. Branchenkenner meinen, die Regierung in Beijing wolle offensichtlich die Franzosen unter Entscheidungsdruck setzen. (Financial Times, 22.8.1989; NfA, 25.8.1989; HB, 25./26.8.1989) -lou-

***(34)
Ausländische Unternehmen in China halten sich zurück**

Obleich viele ausländische Geschäftsleute in der Volksrepublik behaupten, ihre Gegenwart trage dazu bei, China liberaler zu halten und westlich orientierte Politiken zu fördern, so sind sie dennoch besorgt darüber, in politische Kontroversen verwickelt zu werden. Sie fürchten sich davor, von der Regierung für Propagandazwecke benutzt zu werden oder auch die chinesischen Behörden durch Kritik zu verärgern.

Viele Geschäftsleute sind auch darüber besorgt, daß sie in ihren Heimatländern als Opportunisten bezeichnet würden, die Geschäfte mit einer diskreditierten Diktatur machten.

Die Geschäftstätigkeit mit Ausländern gewann nach dem Massaker am 4.Juni 1989 erst langsam wieder an Tempo. Die meisten Vertretungsbüros in Beijing und Shanghai sind wieder besetzt. Import- und Exportverträge werden beschleunigt unterzeichnet. Joint Ventures arbeiten so effizient wie möglich -soweit es die Regierungspolitik erlaubt, die die Unternehmen eingrenzt.

Der Unterschied zu früher besteht darin, daß fast niemand darüber diskutieren möchte, was er tut. Fast alle ausländischen Geschäftsleute weigern sich, "to speak on the record". Viele haben die Anweisung, alle Anfragen an die Mutterunternehmen in den Vereinigten Staaten, Europa oder Japan weiterzureichen.

Ausländische Rechtsanwälte, Beratungsunternehmen und Firmenvertreter erklären, es sei nun eine Standardprozedur, darauf zu bestehen, daß keine chinesischen Fernsteams an Vertragsunterzeichnungszeremonien teilnehmen.

Viele Geschäftsleute rechtfertigen ihr niedriges Profil durch die Erfahrungen der Matsushita Electric Industrial Co. in den Wochen nach dem 4.Juni 1989. Als das Massaker in Beijing geschah, wurden gerade die letzten Arbeiten an

einer Fabrik getan, die das japanische Unternehmen am Rande von Beijing errichtet hatte, um Fernschröhren zu produzieren.

Matsushita hatte sich entschlossen, nur einige wenige japanische Techniker in Beijing zu behalten, während die meisten anderen japanischen Mitarbeiter das Land verlassen hatten. Die chinesischen Medien kritisierten diese Entscheidung sehr hart. Als Ergebnis dessen wurde das japanische Unternehmen in Japan selbst sehr heftig kritisiert. Die Eröffnungszereemonie wurde daraufhin auf unbestimmte Zeit verschoben.

Vor allem Joint Ventures sind in einer besonders kritischen Situation, da sie oft viele Jahre Anstrengungen und große Summen von Geld eingesetzt haben, um die Unternehmen zustande zu bringen. Nun finden sie sich plötzlich in einer Situation, in der sie in ihren Heimatländern kritisiert werden.

Die schwierige Situation chinesisch-ausländischer Joint Ventures rührt auch aus den Entscheidungen der chinesischen Regierung her, Kredite zu beschneiden und die Verfügbarkeit von Devisen einzuschränken. Reguläre Lieferungen von Rohmaterial sind schwierig geworden. Chinesische Kunden können oft ihre Rechnungen nicht mit Devisen bezahlen, selbst nicht mit RMB.

Es gibt natürlich Beispiele für ausländische Geschäftsleute, die die Medien nicht scheuen. Ende Juli 1989 reiste der texanische Immobilienunternehmer Trammel Crow nach Shanghai und unterzeichnete dort einen Letter of Intent für eine Durchführbarkeitsstudie über ein Handelszentrum. In Beijing wurde Crow von Generalsekretär Jiang Zemin empfangen. Die chinesischen Medien gaben diesem Ereignis weiten Raum. Insbesondere wurde die Aussage von Jiang Zemin zitiert: "Es ist eine gute chinesische Tradition, alte Freunde nicht zu vergessen."

Einige amerikanische Geschäftsleute in China waren jedoch verärgert. Ein Geschäftsmann erklärte, daß Crow sehr naiv sei, so etwas zugelassen zu haben. (AWSJ, 18./19.8.1989) -lou-

***(35)
Neue Zölle auf Importe und Exporte**

Die chinesischen Zollbehörden haben die Importzölle auf sechs Arten von Handelsgütern erhöht. Auf zwei Mineralprodukte werden Exportzölle erhoben, um die Entwicklung der nationa-

len Industriezweige zu fördern und den Export von Rohmaterialien, die in der Volksrepublik knapp sind, einzuschränken. Die neuen Zollregeln traten am 11. August 1989 in Kraft.

Bei den kommerziellen Gütern handelt es sich um Kaffee, Sirup für Fruchtsäfte, Staubsauger, elektronische Spiele, Kosmetika und Seife. Die mineralischen Produkte sind Blei und Zink, und zwar sowohl Erze als auch Konzentrate dieser beiden Metalle.

Der Importzoll auf Kaffee wurde von 60% auf 100% erhöht, auf Sirup von 20% auf 70% plus einer Einfuhradjustierungssteuer von 50%. Der Importzoll auf Staubsauger wurde von 80 auf 100% erhöht plus einer Importadjustierungssteuer von 50%; auf elektronische Spiele von 60 auf 100% plus einer Importadjustierungssteuer von 40%.

Die Importzollraten auf Kosmetika und Seife stiegen von 100% auf 120% und von 60% auf 100%. Auf beide Güter wird zusätzlich eine Importadjustierungssteuer von 50% erhoben. Die Exportzölle auf die beiden Metalle betragen 50%. (China Daily, 18.8.1989)

Binnenwirtschaft

*(36) Rückgang der Privatunternehmen

Nach dem Massaker vom 4. Juni 1989 ist eine deutlich negativere Einstellung zum Privateigentum bzw. zu den Privatunternehmen in der Volksrepublik festzustellen. In einem Artikel in der *Beijing Rundschau* bemüht sich Jin Qi, die Gründe dafür zu erläutern, daß Privatisierung in China nicht gangbar sei. Es folgen einige Auszüge aus diesem Artikel:

"Allem voran ist die wesentliche Tatsache zu erwähnen, daß es sich beim Einschlagen des sozialistischen Weges in China um eine historisch bedingte Wahl und eine Wahl des Volkes handelt ... Alle, die von der 100jährigen Geschichte vor der Gründung der neuen Republik gekostet haben, können ohne weiteres erkennen, daß nicht nur

die Werktätigen unter dem Joch des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus in tiefster und auswegloser Armut klagten, sondern daß auch die Existenz und die Weiterentwicklung der nationalen Bourgeoisie unterdrückt und eingeschränkt wurden. Deshalb kann man präziser feststellen, daß das chinesische Volk von der brutalen Geschichte zum Sozialismus gezwungen wurde.

Dann läßt sich die Tatsache nicht von der Hand weisen, daß China beim sozialistischen Aufbau trotz vieler Fehlschläge und Rückschläge, insgesamt gesehen, mit keiner Parallele in der Geschichte zu vergleichende Erfolge erzielt hat.

Sollten wir das Gemeineigentum als Wirtschaftsbasis aufgeben und die Privatisierung durchsetzen, würde es unvermeidlich zu einer schwerwiegenden Polarisierung kommen. Eine extreme Minderheit könnte zu Millionären, ja sogar Milliardären werden, während die überwiegende Mehrheit der Ausbeutung und Unterdrückung ausgeliefert sein würde. Ein landesweiter Aufruhr könnte erfolgen und die selbständige internationale Stellung verlorengehen. Nicht auszuschließen ist die Möglichkeit, daß China wiederum von ausländischen Aggressionskräften herummkommandiert, zergliedert und aufgeteilt würde. Man ist sich darüber im klaren, wenn man sich die chinesische Geschichte der Neuzeit bewußt macht.

Schließlich zu bemerken ist, daß die volkseigenen Betriebe durch die Reformierung der Wirtschaftsstruktur in den letzten zehn Jahren an Vitalität gewonnen haben. Es gibt keinen Grund, vom Scheitern zu sprechen. In letzter Zeit zeigten Massenmedien in China, beeinflusst von der Strömung der bürgerlichen Liberalisierung, wenig Interesse dafür, über volkseigene Betriebe zu berichten, und einige werteten sie sogar ab. Man gewann den Eindruck, als ob die staatseigenen Betriebe unbedingt mit niedriger Produktivität zu tun hätten und nicht zu retten seien ...

Bis Ende 1987 gab es in China 1,2 Mio. industrielle Betriebe, darunter 9.865 große und mittelgroße staatseigene Betriebe (0,8%), 1,18 Mio. kollektiveigene Betriebe (99,2%), davon 1 Mio. gemeindeeigene industrielle Betriebe (80%). Aus den folgenden in staatli-

chen Statistiken niedergelegten Indizes für wirtschaftliche Ergebnisse im Jahre 1987 läßt sich ersehen, daß staatseigene Schlüsselbetriebe im großen und ganzen den Betrieben anderer Art überlegen sind:

Das Verlustausmaß betrug bei den großen Betrieben 10%, bei mittelgroßen 8,7%, bei kleinen 14,5%, bei gemeindeeigenen 15,3%. Der Prozentsatz der Verluste bei ihnen lag jeweils um 5%, 7,1%, 10,2% und 14,9%.

Der Materialverbrauch zur Schaffung von je 100 Yuan industriellem Produktionswert betrug bei großen Betrieben 63,6%, bei mittelgroßen 70,4%, bei kleinen 72,8% und bei gemeindeeigenen 71,8%.

Von den realisierten Gewinnen in der ganzen Industrie lag der Anteil von großen und mittelgroßen Betrieben bei 64,7%, der von kleinen (einschließlich gemeindeeigenen) bei 35,3%. Unter der Gesamtsumme aller dem Staat abgeführten Gewinne in Form von Steuern machen die Beiträge von großen und mittelgroßen Betrieben 69% aus, die von kleinen (einschließlich gemeindeeigener) 31%. In großen Betrieben kann ein Arbeiter einen 3,8fachen größeren Gewinn als einer in kleinen Betrieben, einen 6,9fachen größeren als einer in gemeindeeigenen Betrieben einbringen.

In der durchschnittlichen Produktivität der ganzen Belegschaft waren große Betriebe kleinen um 87,3% überlegen, gemeindeeigenen um 154%, mittelgroße Betriebe kleinen und gemeindeeigenen Betrieben jeweils um 54,2% und 110%.

Mit dem Bruttoproduktionswert pro Person sind große Betriebe kleinen und gemeindeeigenen jeweils um 160% und 270% überlegen, mittelgroße Betriebe kleinen und gemeindeeigenen jeweils um 71,1% und 140%.

Unter großen Schlüsselbetrieben haben Modellbetriebe, wie das Eisen- und Stahlkombinat Hauptstadt, in den vergangenen zehn Jahren der Reform an Schwung gewonnen und jedes Jahr 20% mehr Gewinn in Form von Steuern an den Staat abführen können. Auf Initiative der chinesischen Führung wird ab 21. September in Beijing eine Ausstellung stattfinden, in der die von großen und mittelgroßen Betrieben mittels der Reform erzielten Errungenschaften zur Schau gestellt werden.